

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
 Robert Bosch Stiftung
 Landesregierung Baden-Württemberg

Junge Muslime – angekommen, ausgegrenzt, engagiert ...

Handlungsfelder zur landespolitischen Tagung „Baden-württembergische Muslime – Perspektiven für die neue Generation“ (30.9./1.10.09)

Die Einbeziehung von Muslimen und islamischen Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg erweist sich als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher werden die folgenden Handlungsfelder für islamische Vereinigungen, die Landesregierung, Kommunen, Kirchen, weitere öffentliche Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Akteure aufgezeigt:

1. *Dialog und Integration:* Dialog trägt zur Integration der baden-württembergischen Muslime bei, indem Kontakte aufgebaut und Klärungsprozesse befördert werden. Dialog und Integration sollen nicht einseitig verlaufen, sie sollen von allen Beteiligten auf ihre Ziele hin reflektiert werden. Dialogprojekte sollten besser als bisher untereinander vernetzt und überregional bekannt gemacht werden. Da Dialogarbeit oft mit geringen Mitteln und Ressourcen betrieben wird, ist eine stärkere Förderung des Dialogs aus Bundes- und Landesmitteln wünschenswert.
2. *Situation junger Muslime:* Muslimische Jugendliche sind zunächst einmal ganz normale Jugendliche und haben dieselben Bedürfnisse wie nichtmuslimische Jugendliche; trotzdem zeichnen sie sich durch ihre Religion aus. Junge Muslime leben noch immer häufiger als andere Jugendliche unter sozial unterprivilegierten Bedingungen. Es gilt daher, den individuellen Bildungserfolg unabhängiger von der sozialen Herkunft zu machen. Dabei sind Politik, Schulen, Eltern und islamische Vereinigungen gleichermaßen gefragt.
3. *Sprache:* Junge Muslime bringen besonders zum Ausdruck, dass der Islam in unserem Land keine fremde Religion mehr ist. Mit ihnen stehen deutschsprachige Ansprechpartner auf Seiten der islamischen Vereinigungen zur Verfügung, wodurch deren Einbindung erleichtert wird. Junge Muslime können durch ihre Sozialisation in Deutschland leichter Grenzen zwischen den vielfach noch herkunftslandorientierten Vereinen überschreiten. Es ist wichtig, das besondere Potenzial junger Muslime zu nutzen, ohne gleichzeitig nicht Deutsch sprechende Personen aus dem Dialog auszuschließen. Zur Jugendarbeit und zum islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gehört immer auch unverzichtbar die Elternarbeit.
4. *Barrieren und Hindernisse:* Muslime erleben nicht selten, dass sie als Fremdkörper wahrgenommen und behandelt werden. Sie werden häufig mit Vorurteilen konfrontiert und noch nicht als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft gesehen. Besonders Kopftuch tragende Frauen fühlen sich diskriminiert: Das Kopftuchverbot für Lehrerinnen wird von ihnen vielfach als Berufsverbot mit Ausstrahlung weit über den öffentlichen Sektor hinaus erfahren. Hier wäre ein höheres Maß an Differenzierung wünschenswert.
5. *Dialog- und Projektpartner:* Ein grundsätzlicher Ausschluss bestimmter islamischer Vereinigungen ist nicht sinnvoll, da Vereinigungen, die einem Dachverband angehören, vor Ort völlig unterschiedliche Ausprägungen aufweisen. Ein Ausschluss aus dem Dialog verstärkt Feindbilder, Abgrenzungen und Radikalisierungstendenzen. Es empfiehlt sich somit, auf lokaler Ebene

zu klären, ob die Grundlage für einen Dialog gegeben ist und wie Jugendliche auch aus als problematisch angesehenen Vereinen in Kooperationsprojekte integriert werden können.

6. *Lebenslanger Dialog*: Dialog beginnt im Kindergarten. Trotz Ansätzen zur interkulturellen Öffnung sind Kindertagesstätten unter freier oder kommunaler Trägerschaft noch nicht durchgängig auf muslimische Kinder vorbereitet. Muslimische Erzieher und Erzieherinnen sowie eine intensivere Beschäftigung mit Islam und Möglichkeiten des Dialogs in der Ausbildung würden sich hier integrativ auswirken. Wenn in Kindertagesstätten und Schulen religiöse Feste in wechselseitiger Gastfreundschaft gefeiert werden, dient dies dem Kennenlernen der Religionen mit ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden.
7. *Jugendarbeit*: Im Bereich der Jugendarbeit liegen vielfach noch nicht genutzte Räume der Zusammenarbeit. Muslimische Jugendarbeit ist wie die islamischen Vereinigungen generell wenig in bestehende Strukturen integriert. Es fehlt auch an ausgebildeten Jugendleitern. Eine Einbindung muslimischer Jugendarbeit in Stadt-, Kreis- und Landesjugendringe, die in Einzelfällen schon verwirklicht ist, würde eine Plattform für Austausch bieten und zur Professionalisierung beitragen. Themen wie Gewalt, Demokratie, das Verhältnis von Mann und Frau sollten nicht von außen an muslimische Vereinigungen herangetragen, sondern in Kooperationsprojekten auf gemeinsamer Basis thematisiert werden.
8. *Ehrenamt*: Die meisten islamischen Ansprechpartner sind Ehrenamtliche, deren zeitliche Ressourcen begrenzt sind. Was für die meisten Vereinsstrukturen relevant ist, gilt auch hier: Die zeitliche Verfügbarkeit der Ehrenamtlichen ist begrenzt. Manche Personen oder Vereine fühlen sich daher nicht in der Lage, Verantwortung im Dialog zu übernehmen. Bisweilen besteht der Verdacht, dass das ehrenamtliche Engagement in islamischen Vereinigungen die Einbürgerung erschwert oder verzögert. Ehrenamtliche Tätigkeit in islamischen Vereinigungen sollte jedoch als soziales Engagement gewürdigt und anerkannt werden. Wenn ehrenamtlich tätige Muslime in Prozesse einbezogen werden, bei denen ansonsten vorwiegend Hauptamtliche mitarbeiten, sollte dies bei der Terminplanung und Aufgabenverteilung berücksichtigt werden. Wenn möglich, sollten auch finanzielle Entschädigungen geleistet werden. Zertifikate für Moscheeführer, Dialogbeauftragte usw. sollten als Motivationsmotor genutzt werden.
9. *Islamischer Religionsunterricht*: Die Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in deutscher Sprache, der in Baden-Württemberg seit 2006 als Schulversuch läuft, stellt eine besondere Chance für Dialog und Integration dar. Dieser Unterricht trägt dazu bei, dass junge Muslime in deutscher Sprache über ihre Religion Auskunft geben können und damit ihre Sprachfähigkeit insgesamt verbessern. Die überaus positiven Erfahrungen des Schulversuchs, die auf einem hohen Einsatz aller Beteiligten beruhen, sollten genutzt werden, um auf eine flächendeckende Ausweitung hinzuwirken. Damit die derzeit unterrichteten Kinder die begonnene Auseinandersetzung mit dem Islam fortsetzen können, ist eine Ausweitung über die Grundschule hinaus und die Erarbeitung entsprechender Bildungspläne notwendig. Misstrauen auf Seiten von Eltern und islamischen Vereinigungen kann durch mehr Transparenz, Information und Dialog abgebaut werden. Notwendig ist auch eine von allen Seiten akzeptierte muslimische Religionsgemeinschaft als Ansprechpartnerin für den Staat, an deren Aufbau sich muslimische Vereinigungen und muslimische Eltern mit Entschlossenheit beteiligen sollten.
10. *Ausbildungsstrukturen an Hochschulen*: Damit Lehrkräfte mit fundierter Qualifikation in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, bedarf es eines raschen Ausbaus der Ausbildungsstruk-

turen an den Pädagogischen Hochschulen, die sich bislang weitgehend auf Lehraufträge und Abordnungsstellen beschränken und nicht in Form von Planstellen abgesichert sind. Gerade für ein im Aufbau befindliches Fach sind ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen erforderlich. Ziel muss es sein, den Erweiterungsstudiengang, der für die Studierenden immer eine Zusatzbelastung darstellt, auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Evaluation zu einem ordentlichen Studienfach auszubauen. Längerfristig sollte auch eine Islamisch-Theologische Fakultät an einer der Universitäten in Baden-Württemberg eingerichtet werden, die zur Stärkung der pädagogischen und theologischen Fähigkeiten von Imamen sowie zur Stärkung des theologischen Profils der Lehrerausbildung beitragen kann.

Die Handlungsfelder wurden in einem Fachgespräch mit jungen Muslimen am 12.5.09 in der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart erarbeitet, an dem neben den Veranstaltern Vertreter aller am Projekt beteiligten islamischen Vereinigungen und weitere Fachleute mitwirkten. Die Handlungsfelder bauen auf den Ergebnissen des Projekts „Gesellschaft gemeinsam gestalten – Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg“ auf, das die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart 2006 bis 2008 mit Förderung der Robert Bosch-Stiftung durchgeführt hat (vgl. dazu Hansjörg Schmid/Ayşe Almila Akca/Klaus Barwig, Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2008).